

Susanne Auerbach

## 25 Jahre Pekingener Erklärung und fünf Jahre Agenda 2030: Fortschritte im Politikfeld Geschlechtergleichstellung in Japan und Deutschland

Bericht zum virtuellen Symposium am 04. und 05. März 2021 in Berlin

Am 04. und 05. März 2021 – kurz vor dem Internationalen Frauentag – veranstaltete das Japanisch-Deutsche Zentrum Berlin (JDZB) ein digitales Symposium zum Thema „25 Jahre Pekingener Erklärung und fünf Jahre Agenda 2030: Fortschritte im Politikfeld Geschlechtergleichstellung in Japan und Deutschland“. Ziel war es, den Stand der bisherigen Fortschritte und Maßnahmen, aktuelle Herausforderungen und zukünftige Aufgaben zu diskutieren.

Trotz der 25 Jahre, die seit der Pekingener Erklärung vergangen sind, seien Frauen in Japan und Deutschland noch immer Diskriminierung und Barrieren ausgesetzt, so die einführenden Worte der Generalsekretärin des JDZB, Dr. Julia Münch. Die Bedeutung der Gleichstellung der Geschlechter für die moderne Gesellschaft Deutschlands umriss Franziska Giffey als damalige Bundesministerin für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ) in der ersten Keynote-Rede. Doch um Erfolge und Fortschritte musste immer und müsse nach wie vor gekämpft werden. Frauen hätten inzwischen mehr Macht in Politik, Justiz und Wirtschaft. Diese Erfolge kämen allerdings nicht ohne Anstrengungen und häufig gegen Widerstand zustande. Eine Verankerung in der Gesetzgebung, wie im Fall des Ersten Führungspositionengesetzes von 2015, sei daher unabdingbar. Auch in Bezug auf die finanzielle Gleichstellung gebe es Fortschritte. Giffey schloss mit dem Leitspruch: „Frauen können alles“, der als Fakt und Forderung zugleich verstanden werden könne.

Die zweite Keynote-Rede hielt Hayashi Tomoko (Generaldirektorin der Abteilung für Geschlechtergleichstellung vom Kabinettsbüro der japanischen Regierung). Hayashi sprach drei Aspekte an: Erstens hätte die COVID-19-Pandemie vor allem für Frauen negative Folgen. Zweitens: Die japanische Regierung habe daher im Dezember 2020 einen neuen nationalen Rahmenplan für Geschlechtergleichstellung veröffentlicht, der darauf abziele, dass es in den 2030er-Jahren keine Unterschiede zwischen den Geschlechtern mehr geben solle. Im letzten Teil stellte Hayashi Japans Unterstützung der internationalen Gemeinschaft vor: Japan sei das zweitgrößte Geberland für das Projekt des UN-Sonderbe-

auftragten des Generalsekretärs für sexuelle Gewalt in Konflikten (SRSG-SVC).

Die Keynote-Sektion wurde mit dem Input von Ishikawa Kae (Direktorin des „UN Women Japan Liaison“ Büros in Tōkyō) abgeschlossen. 2020 sei für die Geschlechtergleichstellung ein wichtiges Jahr gewesen, u. a. aufgrund von Jahrestagen wie 25 Jahre Pekingener Erklärung, 20 Jahre „Frauen, Frieden und Sicherheit“, zehn Jahre „UN Women“ und fünf Jahre UN-Nachhaltigkeitsziele. Bisher habe kein Land die Geschlechterparität erreicht und die COVID-19-Pandemie habe noch bestehende Ungleichheiten hervorgehoben und bisherige Errungenschaften erneut bedroht. Ishikawa gab auch einen Überblick über Japans internationale Rolle und wünschte sich, dass Japan und Deutschland sich weiterhin aktiv für Frauenrechte einsetzen.

Die erste Sektion, moderiert von Dr. Phoebe Stella Holdgrün (Leiterin des Projektmanagements des JDZB), widmete sich ganz den Aspekten Politik und Wirtschaft. Den Anfang machte Prof. Dr. Etō Mikiko (Professorin für Politikwissenschaften an der Hōsei-Universität) mit einem Überblick über die Situation der Gleichstellung im japanischen Parlament. Je mehr eine Partei sich für die Beteiligung von Frauen einsetze und sie zur Wahl aufstelle, desto mehr Frauen könnten tatsächlich an der Politik partizipieren. Ein positiver Trend sei zu beobachten, beginnend 2013 mit der Initiative „Womenomics“ des Premierministers Abe, gefolgt von dem Gesetz zur Förderung der Geschlechtergleichstellung in der Politik 2018.

Im zweiten Beitrag warf Dr. Ina Bieber (wissenschaftliche Mitarbeiterin bei GESIS – Leibniz-Institut für Sozialwissenschaften in Mannheim) einen Blick auf den Stand der Geschlechtergleichstellung in der deutschen Politik. Bieber wies darauf hin, dass sie sich vor allem mit der Wirkungsweise von wahlsystematischen und parteispezifischen Faktoren auf die Repräsentation von Frauen in der Politik auseinandersetze. Historisch betrachtet habe Deutschland seit 1919, dem Jahr, in dem Frauen erstmals in Deutschland wählen durften, über eine Genderquote in allen großen Parteien bis hin zu Angela Merkel als Bundeskanzlerin stetig Fortschritte

gemacht. Der Blick auf den aktuellen Stand aber zeige, dass der Anteil auf Länder- bzw. kommunaler Ebene einer Verbesserung bedürfe. Nicht nur parteiintern würden Frauen diskriminiert, auch Wählerinnen und Wähler trauten Repräsentantinnen immer noch weniger als Männern zu.

Im nächsten Beitrag diskutierte Prof. Ōsaki Asako (Direktorin der „Gender Action Plattform“ (GAP) und Gastprofessorin an der Kwansai-Gakuin-Universität) Aspekte der Geschlechtergleichstellung in der japanischen Arbeitswelt. Anknüpfend an die Erläuterungen von Etō, stellte Ōsaki die Wichtigkeit eines entsprechenden politischen und juristischen Rahmens heraus. Obgleich einige Maßnahmen auf den ersten Blick fortschrittlich wirkten, zeichne der Blick auf die qualitativen Daten ein anderes Bild. Nicht die Gleichstellung der Frau sei das Ziel dieser Maßnahmen, sondern deren Einbindung in den Arbeitsmarkt. Nur wenn sich das gesellschaftliche Rollenverständnis von Mann und Frau im Haushalt und am Arbeitsplatz grundlegend ändere, könne eine Gleichstellung der Frau erreicht werden.

Im letzten Beitrag der ersten Sektion präsentierte Dr. Katharina Wrohlich (Leiterin der Forschungsgruppe „Gender Economics“ am Deutschen Institut für Wirtschaftsforschung) die aktuelle Situation auf dem deutschen Arbeitsmarkt und attestierte dem deutschen System eine ähnliche Entwicklung wie in Japan: Obwohl die Erwerbsquote bei Frauen insgesamt gestiegen sei, zeige eine nähere Analyse der Daten, dass dieser Anstieg vor allem im Bereich der Teilzeitarbeit stattgefunden habe. Der erhoffte „Trickle Down Effekt“, der von der gesetzlich vorgegebenen Frauenquote in Aufsichtsräten ausgehen sollte, sei ausgeblieben, und sie hoffe hier auf die geplante gesetzliche Verankerung.

In der abschließenden Diskussion wurden weitere Gründe diskutiert, warum Frauen seltener Führungspositionen einnehmen. So fehle Frauen oft das Netzwerk sowie das Selbstvertrauen. Die Panellistinnen waren sich einig, dass in beiden Ländern eine frühe Förderung von Frauen sowie ein Umdenken nicht nur in den Unternehmen, sondern gesamtgesellschaftlich notwendig seien.

Der zweite Tag des Symposiums war dem internationalen Engagement Japans und Deutschlands für die Gleichstellung der Geschlechter und die Auswirkungen der COVID-19-Pandemie auf Genderaspekte gewidmet.

Als erste Frau auf diesem Posten berichtete die deutsche Botschafterin in Japan, Ina Lepel, in ihrem Keynote-Input, dass sie im Rahmen ihrer Arbeit oft gefragt werde, was Deutschland bei der Geschlechtergleichstellung anders als Japan

mache. Gesetzliche Vorgaben, besserer Schutz vor ungleicher Bezahlung und Fortschritte in der politischen Teilhabe seien schon gute Ergebnisse, aber Deutschland dürfe sich nicht darauf ausruhen. Nach wie vor liege Deutschland nur auf Platz zehn des „Global Gender Gap Report“. Als Beispiel für internationales Engagement für Gleichstellung stellte Lepel die UN-Resolution 1325 „Frauen, Frieden und Sicherheit“ vor, denn die Beteiligung von Frauen sei ein unabdingbarer Schritt für die Schaffung von Frieden. Im Anschluss folgten zwei Keynote-Reden von Prof. Dr. Shirahase Sawako (Professorin für Soziologie an der „Graduate School of Humanities and Sociology“ und Vizepräsidentin der Universität Tōkyō) und Prof. Dr. Ute Klammer (Professorin und Geschäftsführende Direktorin des Instituts für Arbeit und Qualifikation (IAQ) der Universität Duisburg-Essen), die die Auswirkungen der COVID-19-Pandemie auf die Gleichstellung diskutierten. Shirahase betonte, dass die negativen Auswirkungen auf die Rechte der Frauen ein globales Phänomen seien und ein dringender Handlungsbedarf bestehe. Die Arbeit der Kommission zur Untersuchung der Auswirkungen der Pandemie auf Frauen in Japan habe bereits im November 2020 Vorschläge unterbreitet, um die ansteigende häusliche Gewalt einzudämmen.

Eine ähnliche Situation stellte auch Klammer für Deutschland fest. Nach wie vor seien stereotype Geschlechterbilder stark in der deutschen Gesellschaft verankert und das männliche Ernährermodell noch immer prävalent. Nun sei eine Bewegung hin zu dem sogenannten „Adult Worker Model“ zu sehen, welches eine Beteiligung der gesamten erwerbsfähigen Bevölkerung im Arbeitsmarkt voraussehe. Mit Blick auf die Pandemie merkte Klammer an, dass erstmals typische Frauenberufe, wie Pflegerinnen oder Verkäuferinnen, im Mittelpunkt der Aufmerksamkeit ständen. Es werde deutlich, dass diese Berufe trotz hoher Belastung und „Systemrelevanz“ mit einer geringen Bezahlung einhergehen.

Sektion Zwei wurde moderiert von Satō Mariko (Direktorin des „United Nations Population Fund (UNFPA) Tōkyō Office“) und widmete sich dem internationalen Engagement von Japan und Deutschland für Gleichstellung. Uchikawa Tomomi (Leiterin des Referats für Geschlechtergleichstellung und Armutsbekämpfung in der „Japan International Cooperation Agency“ (JICA)) stellte in ihrem Beitrag die Arbeit der JICA für Geschlechtergleichstellung vor. JICA habe hier fünf Prioritäten: wirtschaftliche Unabhängigkeit, Frauenrechte und Sicherheit, Bildung und Gesundheit, eine Verankerung des Prinzips

der Geschlechtergleichstellung in Regierungen sowie eine entsprechende Infrastruktur. Die Zahl der Gleichstellungsprojekte sei in letzter Zeit gesunken. Daneben beschäftigte sich JICA auch mit den Auswirkungen der COVID-19-Pandemie im internationalen Kontext und habe hier unter anderem Leitlinien verfasst.

Im letzten Beitrag der Konferenz stellte schließlich Dr. Angela Langenkamp (Genderbeauftragte der Deutschen Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit (GIZ)) die Arbeit der GIZ und ihre Gleichstellungsstrategien vor. Die GIZ sei ähnlich wie die JICA ein Dienstleistungsanbieter, der mit Partnern vor Ort Projekte umsetze. Die GIZ selbst setze keine eigenen Ziele für die Geschlechtergleichstellung, sondern arbeite auf Basis der Richtlinien, die von der Bundesrepublik Deutschland und der Europäischen Union vorgegeben werden. Die Gleichstellung sei ein Menschenrecht und eine der grundlegenden Werte für die Arbeit der GIZ. Wichtig sei auch die Rolle der Medien, um schädliche Gendernormen und -stereotype zu verändern.

In der zweiten Diskussionsrunde der Konferenz waren sich Uchikawa und Langenkamp einig, dass für das Erreichen der Geschlechtergleichstellung auch Männer mit eingebunden werden müssten und frühe Aufklärungsarbeit wichtig sei, um einen gesamtgesellschaftlichen Umbruch zu erreichen. Auf die Frage, inwieweit Bemühungen zur Gendergleichstellung Aspekte von LGBTI einschließen, erklärte Uchikawa, dass auf internationaler Ebene die Inkludierung von LGBTI schon eher die Norm sei.

In ihren Abschlussbemerkungen betonte Prof. Dr. Dr. h. c. Mae Michiko (Kulturwissenschaftlerin, Genderforscherin und Professorin i. R.

der Heinrich-Heine-Universität Düsseldorf), dass in Japan und Deutschland seit der Pekingener Erklärung bemerkenswerte Fortschritte in Bezug auf Gesetze und politische Maßnahmen gemacht wurden. Allerdings ist in beiden Ländern immer noch das stereotype Bewusstsein einer zugrundeliegenden geschlechtlichen Arbeitsteilung als „Schattenstruktur“ in der Gesellschaft ausgeprägt geblieben. Abschließend formulierte Mae vier Empfehlungen für zukünftige Aufgaben und Maßnahmen zur Verbesserung der Geschlechtergleichstellung: 1. Abbau von Genderungleichheiten in der Arbeitswelt und verstärkte Ausbildung von mehr Frauen für IT-Bereiche mit Blick auf den zunehmenden Digitalisierungsprozess, 2. Realisierung der Work-Life-Balance für Männer und Frauen durch veränderte Arbeitsbedingungen für beide, 3. Gendergleichstellung bei der Besetzung von Spitzenpositionen und Realisierung von Diversity, 4. eine möglichst früh ansetzende Bekämpfung von Genderstereotypen, um gesamtgesellschaftlich nachhaltige Veränderungen zu bewirken.

Das Symposium hat an beiden Konferenztagen bereits bestehende Meilensteine und Fortschritte auf dem Weg zur Geschlechtergleichstellung in Japan und Deutschland vorgestellt und aufgezeigt, was notwendige Schritte sein können, um die Gleichstellung nun noch weiter voranzubringen. Rund 170 Anmeldungen aus Japan und Deutschland mit, je nach Konferenztag, bis zu 110 gleichzeitig anwesenden Teilnehmerinnen und Teilnehmern aus Regierungskreisen, Wissenschaft, Stiftungen, Unternehmen und Medien zeigten, dass das Thema nach wie vor von großer Relevanz für die beiden Länder ist.

#### Kontakt und Information

Susanne Auerbach, M. A.  
Freie Universität Berlin  
Ostasiatisches Seminar/  
Japanologie  
Hittorfstraße 18  
14195 Berlin  
Tel.: (030) 838 585 89  
susanne.auerbach@fu-berlin.de

# DuEPublico

Duisburg-Essen Publications online

UNIVERSITÄT  
DUISBURG  
ESSEN

*Offen im Denken*

ub | universitäts  
bibliothek

Dieser Text wird via DuEPublico, dem Dokumenten- und Publikationsserver der Universität Duisburg-Essen, zur Verfügung gestellt. Die hier veröffentlichte Version der E-Publikation kann von einer eventuell ebenfalls veröffentlichten Verlagsversion abweichen.

**DOI:** 10.17185/duepublico/75217

**URN:** urn:nbn:de:hbz:464-20211209-182433-3



Dieses Werk kann unter einer Creative Commons Namensnennung 4.0 Lizenz (CC BY 4.0) genutzt werden.